

Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements im Ländlichen Raum und das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune – das Beispiel Bayern

Der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer kündigte vor kurzem eine "Revolution im Staatsaufbau" an. Kernpunkt ist die Verlagerung von Aufgaben und Kompetenzen auf Kommunen. Seehofer wolle das Prinzip der Subsidiarität zum Maßstab des politischen Handelns machen. Nichts solle einer größeren Einheit übertragen werden, was eine kleinere genauso gut erledigen könne. „Ich möchte, dass wir Heimat als Gegenpol zur Globalisierung sehen“. Im Falle eines Sieges bei der bevorstehenden Landtagswahl will Seehofer ein eigenes Ministerium für Fragen der Heimat und der kommunalen Selbstverwaltung schaffen¹.

Ob dieses Vorhaben nach der Wahl auch umgesetzt wird, bleibt in der Politik immer spannend. Aber die Forderung nach einer Bündelung der Kompetenzen zur Entwicklung des ländlichen Raumes wird schon seit langen Jahren erhoben, zum Beispiel von den kommunalen Spitzenverbänden oder der Bayerischen „Akademie ländlicher Raum“. Bayern leistet sich als einziges Bundesland noch ein Landwirtschaftsministerium. Damit wird, wenigstens dem Titel nach, Land und Landwirtschaft immer noch eng zusammen gedacht. Aber das entspricht längst nicht mehr der Realität. Die Probleme der Landentwicklung sind andere geworden: Demografischer Wandel, Energiewende, Naturschutz, nachhaltige Haushaltsführung und der Erhalt wichtiger Infrastrukturen sind die Themen, die Landbürgermeisterinnen und -bürgermeister heute auf den Nägeln brennen. Sie stehen vor der Herausforderung, Kernfunktionen öffentlicher Daseinsvorsorge zu gewährleisten und darüber hinaus ihren Orten das gewisse Extra an Lebensqualität zu verleihen, um einer drohenden Landflucht vorzubeugen.

Immer mehr Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehen die Notwendigkeit, strategische Politik zu formulieren, die einerseits längerfristige Entwicklungen in den Blick nehmen muss und andererseits als vernetztes Denken die verschiedenen „Baustellen“ der Kommunalpolitik in Beziehung setzt: Energiewende und Bürgerbeteiligung, Wirtschaften in regionalen Kreisläufen, Bildung, demografischer Wandel und Belebung der Dorfkerne, Bürgerschaftliches Engagement und stabile Infrastrukturen – alles hängt mit allem zusammen. All dies aber ist nur politisch zu

¹ Merkur Online vom 15.5.2013

bearbeiten, wenn die Bürgerschaft mitgenommen wird. Der langjährige Vordenker der CSU und jetzige Vorsitzende des Zentralkomitees der Katholiken, Alois Glück, prophezeite schon vor zehn Jahren das Aussterben des paternalistischen Führungsverständnisses in bayerischen Kommunen, hin zu einem offenen und dialogorientierten Governance-Stil, der die Bürgerschaft auf Augenhöhe einbezieht. „Bürgerschaftliches Engagement darf nicht mehr nur eine Ergänzung der staatlichen Organisation, ihrer Leistungen und der Ansprüche an die Politik sein, sondern muss als die tragende Säule des Gemeinwesens und eines umfassenden gesellschaftspolitischen Konzeptes verstanden werden“².

Wie sieht die Energieversorgung von morgen aus? Wie schaffen wir Bewusstsein für einen sensiblen Umgang mit der Natur? Wie stellen wir die Nahversorgung für den täglichen Bedarf auch in kleinen Gemeinden sicher? Wie gelingt es, die Generationen zu verbinden? Wie ermöglichen wir es den älteren Mitbürgerinnen und -bürgern, möglichst lange und dabei nicht isoliert in den eigenen vier Wänden zu leben? Wie schaffen wir Akzeptanz für die Handlungen der kommunalen Entscheidungsträger?

Antworten auf all diese Fragen können politische Akteure nicht alleine finden. Es geht vielmehr darum, gemeinsam mit der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern innovative Ideen und dezentrale, bedarfsgerechte Antworten zu entwickeln. Und gerade im ländlichen Raum wird die Wirkung bürgerschaftlichen Engagements auf das eigene tägliche Lebensumfeld besonders gut sichtbar. Dorfläden, Energiegenossenschaften, Nachbarschaftshilfen, Bürgerbusse, Freizeitangebote für Jugendliche, Unterstützung von Senioren - all das sind Handlungsfelder des kommunalen Alltagslebens, in denen die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle spielt und in denen sie wertvolle Beiträge zur Steigerung der Lebensqualität vor Ort leisten. Genauso wichtig ist es aber auch, die Bürger in ihrer Auftraggeberrolle zu stärken und ihnen Möglichkeiten zu eröffnen, die eigenen Anliegen einzubringen und an kommunalen Entscheidungs- und Planungsprozessen mitzuwirken.

Kontinuierliche Beteiligungsprozesse und Engagement-Infrastrukturen

Bayern ist Spitze, was die Häufigkeit von Bürgerbegehren betrifft. Durchschnittlich

² Alois Glück, in: Glück/Magel/Röbke (Hg.): Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements, Heidelberg, München 2004, S. 332

141,2 Verfahren zur Einleitung eines Bürgerbegehrens pro Jahr (1995-2011) repräsentieren an die 40% aller Verfahren in deutschen Kommunen. Die meisten davon finden in kleineren Landgemeinden statt³.

Aber Bürgerbegehren sind nur eine Seite der Medaille. Entscheidend ist, die Grundlagen eines kontinuierlichen Engagements der Bürgerschaft zu legen, die über den Konfliktfall hinausgehen.

Bürgerbeteiligung und -engagement ergeben sich nicht von selbst. Damit sich Bürgerinnen und Bürger einbringen und ihr Umfeld mitgestalten können, sind sie auf entsprechende Gelegenheiten und engagementfreundliche Rahmenbedingungen seitens der Politik und der Verwaltung angewiesen. Dabei handelt es sich um einen gegenseitigen Lernprozess aller Akteure, der Verständnis und Bewusstsein füreinander voraussetzt.

In Bayern geben hierfür Förderprogramme des Landes wichtige Impulse. So wurden in den letzten Jahren, zum großen Teil durch Anschubfinanzierung des Bayerischen Sozialministeriums, über 60 Freiwilligenagenturen und -koordinierungsstellen des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen gegründet. Aktuell wurde ein neues Programm aufgelegt, das Nachbarschaftshilfen fördert. Die europäische LEADER-Förderung erleichtert den Aufbau weiterer lokaler Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements wie Dorfläden und Bürgerhäuser oder die Bildung bürgerschaftlicher Netzwerke auf Landkreisebene. Ein herausragendes Beispiel ist das Netzwerk Bürgerengagement des Landkreises Bad Kissingen⁴.

Im bayerischen ländlichen Raum haben Beteiligungsprozesse eine lange Tradition: In den vergangenen rund 30 Jahren entwickelte sich die Dorferneuerung zu einem Förder-Instrument, das ganzheitliche und nachhaltige Prozesse im Blick hat. Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung der Förderfähigkeit der Dorferneuerungsmaßnahmen. Auch lokale Agenda21-Prozesse waren seit Mitte der 1990er Jahre wichtiges Gestaltungsinstrument für eine nachhaltige Kommunalentwicklung. Das vielfach ausgezeichnete Weyarn, das Bürgerbeteiligungsprozesse in der Gemeindegestaltung festgeschrieben hat, ist nur ein Beispiel von vielen.

³ Bürger-Begehrens-Bericht 2012 von Mehr Demokratie e.V. in Kooperation mit der Forschungsstelle „Bürgerbeteiligung“ der Bergischen Universität Wuppertal und der Forschungsstelle „Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie“ an der Philipps-Universität Marburg (www.mehr-demokratie.de)

⁴ Näheres unter www.netzwerk-be-kg.de

Das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune

In dieser Tradition steht auch das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune. Mit diesem Projekt schuf das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit 2007 ein ergänzendes Angebot für Kommunen, die sich aktiv den Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung stellen. Über 50 Kommunen aus dem ländlichen Raum beteiligen sich bisher in diesem Netzwerk.

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger lässt sich nicht standardisieren. Jede Kommune muss ihren eigenen Weg hin zu einer Nachhaltigen Bürgerkommune finden. Dieser Prozess baut in jeder Gemeinde auf anderen Grundlagen auf, nimmt unterschiedliche Verläufe und kommt zu anderen Ergebnissen.

Daher setzt das Netzwerk vor allem auf den Wissensaustausch zwischen seinen Partnern. Eine im Internet verfügbare Datenbank stellt aus den im Netzwerk mitwirkenden Kommunen die wichtigsten Projekte und Prozesse dar, die für andere nachahmenswert sein könnten. Ein weiterer Baustein des Wissenstransfers sind die Fortbildungen und Tagungen des Netzwerks. Auch hier verfolgt es einen strikten „Bottom-up-Ansatz“, indem es die lokal geäußerten Bedarfe aufgreift. So unterstützt das Netzwerk derzeit die ersten Überlegungen zu einer regionalen Energiegenossenschaft in Oberfranken, in der Kommunen die zu erwartenden Gewinne dazu nutzen wollen, soziale Infrastrukturen vor Ort zu finanzieren. Wichtig ist den Kommunen auch die Entwicklung des Vereinslebens. Hierzu bietet das Netzwerk entsprechende Inhouse-Seminare zur Organisationsentwicklung von Vereinen an, die in den Mitgliedskommunen durchgeführt werden können.

Weitere Themen sind z.B. ein nachhaltiges lokales Beschaffungswesen, der Aufbau von Nachbarschaftshilfen oder neue Modelle der Mobilität im ländlichen Raum. Der interkommunale Austausch zwischen den Netzwerkkommunen ist wichtiger Bestandteil gemeinsamer Jahrestreffen. Beim letzten Jahrestreffen wurde beispielsweise die Frage heiß diskutiert, inwiefern Ansätze der Bürgerbeteiligung so verstetigt werden können, dass sie auch die personellen Wechsel der bevorstehenden Kommunalwahl „überstehen“, zu der einige verdiente Pioniere der kommunalen Nachhaltigkeit nicht mehr antreten werden.

Über diese genannten konkreten Themen hinaus hat das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune sich mit gemeinsam verabschiedeten Leitlinien einen Rahmen für eine zukünftige Kommunalentwicklung gegeben. Der Rahmen ist freilich auch offen für besondere Entwicklungen, aber er gibt den Kommunen eine Orientierung, sich selbst zu überprüfen, wo sie gerade stehen⁵.

Das Netzwerk ist in erster Linie ein Wissensnetzwerk. Dennoch nimmt es auch politisch Stellung, zum Beispiel zur Nachhaltigkeitsstrategie, die der Bayerische Ministerrat in diesem Jahr verabschiedet hat.

Bei alledem versteht sich das Netzwerk nicht als „Elite-Netzwerk der Besten“. Umso wichtiger ist die enge Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag, um die von den beteiligten Kommunen ausgehenden Impulse auch für Nicht-Mitgliedskommunen zugänglich zu machen. Bayern hat über 2.000 Kommunen. Es gibt also noch viel zu tun. Modelle und Instrumente einer erfolgreichen Engagementförderung sind nicht eins zu eins übertragbar. Sie sind von lokalen Traditionen und vor allem von den handelnden Personen geprägt. Dennoch muss nicht jede Kommune das Rad neu erfinden. Kommunen können voneinander lernen, wenn sie über den eigenen Tellerrand blicken. Das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune bietet dafür eine Plattform, die nach dem Wunsch des Umweltministeriums verstetigt werden soll. Es ist zu hoffen, dass auch das vom Ministerpräsidenten angekündigte Heimatministerium für günstigen Wind sorgt.

Näheres unter www.nachhaltige-buergerkommune.de

Danielle Rodarius ist Mitarbeiterin des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und dort für die Koordination des Netzwerks Nachhaltige Bürgerkommune zuständig

Kontakt: rodarius@iska-nuernberg.de

Dr. Thomas Röbbke ist Geschäftsführer des Netzwerks Nachhaltige Bürgerkommune

Kontakt: roebke@iska-nuernberg.de

⁵ Download unter: www.nachhaltige-buergerkommune.de